

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.
Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 55

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver
Sonntag, den 5. März 1922

Anzeigenpreis für 11mm Höhe und 45 mm Breite
40 Bg., auswärts 50 Bg., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Als Eröffnungstermine für die Konferenz von Genua werden neuerdings Ende April oder Mitte Mai genannt.
- * Bei einer Besprechung der Finanzminister der Länder herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Grundgehälter der Beamten eine angemessene Erhöhung erfahren sollen.
- * Im Reichstage wurde das Reichsmietengesetz mit 202 gegen 168 Stimmen der Rechte sowie eines Teils der Demokraten und des Zentrums angenommen.
- * Der zum Tode verurteilte Peter Gruben hat sich im Gefängnis in Hirschberg erhängt.
- * Lloyd George verlangte von der Unionistenpartei, sie solle bis zum 8. März erklären, ob sie zu ihm halten will, sonst würde er seine Demission einreichen. Angeblich ist ein Kompromiß vorbereitet.

Dauernde Kontrolle.

Das ganze Denken und Fühlen der Franzosen, soviel Deutschland in Frage kommt, scheint sich in den beiden Worten Kontrolle und Garantien zu erschöpfen. Andere Leute mögen sie noch so sehr auf vernünftigeren Gedanken zu bringen suchen, sie kehren immer wieder in den Kreis dieser Zwangsvorstellungen zurück. Nur einmal, als sie vornehmlich und vorzeitig Frankfurt a. M. und den Rheingau besetzt hatten, mußten sie sich, weil die Männer an der Rheinfront darüber gar zu viel Lärm schlugen, zum raschen Rückzug entschließen. Im übrigen aber lassen sie sich von der Kammer immer wieder auf den Geist und auf den Buchstaben des Versailler Vertrages in allen seinen Teilen festlegen, und so strupplos sie zugreifen, wo sie auch nur den geringsten Schein von Recht für sich behaupten können, so schwerhörig stellen sie sich, wenn es darum geht, begangenes Unrecht wieder rückgängig zu machen.

In Düsseldorf, in Mülheim und Ruhrort sitzen sie heute noch, obwohl der Grund ihres Einmarsches längst erledigt ist. Jetzt haben sie es glücklich erreicht, daß die Engländer ihnen für die Wiederaufgabe dieses rechts- und linksseitigen Besatzes Kompensationen anbieten — natürlich auf Kosten Deutschlands. Sie sollen die genannten Städte räumen, dann würde man von Deutschland als Entgelt für dieses „Zugehörnis“ die Fortdauer der Luftverkehrs-kontrolle über die im Friedensvertrage bestimmte Frist hinaus nachsuchen. Selbstverständlich sieht man in London ganz gut voraus, daß keine deutsche Regierung, auch keine sozialistische, in einen solchen Kaufhandel willigen könnte, denn wenn wir der Entente oder, was nachgerade dasselbe zu sein scheint, wenn wir Frankreich ein Recht einräumen sollen, daß es sich in Versailles nicht ausbeugen hat, so muß auch uns als Gegenleistung dafür eine Entschädigung geboten werden, auf die wir nach den in Versailles unterzeichneten Verpflichtungen keinen Anspruch haben. Aber wenn uns ein Räuber überfällt, und dafür, daß er uns nur die Bärse und nicht zugleich auch den Mantel fortnimmt, noch einen besonderen Schadenschein von uns fordert, so werden wir uns auf ein solches Handelsgeschäft, wenn überhaupt, so doch höchstens mit dem inneren Vorbehalt einlassen, daß seine Rechtmäßigkeit höchstens von einem Forum von Verbrechern behauptet werden könnte. Aber trotzdem, die Engländer scheinen sich um die deutsche Zustimmung zur Verlängerung ihrer Rechtslosigkeit auf dem bezeichneten Gebiete gar keine Sorgen zu machen. Die Franzosen aber, moralisch frei wie sie sind, wollen nicht einmal von dem britischen Vorschlag etwas wissen. Sie sitzen in Düsseldorf, in Ruhrort und Mülheim und behaupten damit im Recht zu sein. Aber eine Räumung dieser Städte wollen sie überhaupt nicht diskutieren, und um Gründe für die Verlängerung der Luftschiffahrtkontrolle, sind sie natürlich nicht im mindesten in Verlegenheit. Sie fühlen einfach ihre militärische Sicherheit noch nicht genügend gewährleistet — was bedarf es da weiterer Verhandlungen, um eine Kontrolle zu verlängern, die ihnen aus den verschiedensten Gründen sehr gut behagt?

Ein bißchen mehr oder weniger Leichtfertigkeit im Umgang mit der Wahrheit, was Deutschland betrifft, und die Sache ist erledigt. Hat es doch Herr Poincaré schon fertig gebracht, von einer neuen Artillerie-Schießvorschrift der deutschen Heeresverwaltung zu sprechen, in der der Offensivkrieg in beiderseitiger Weise gerichtet werde. Diese Artillerie-Schießvorschrift ist in Wahrheit schon vor mehr als zwei Jahren ergangen und hat ganz naturgemäß die Aufgabe, die kleine Truppe, die wir haben, — so klein, daß das soldatengewaltige Frankreich an einem Tage mit ihr fertig werden würde, — auf einen Kampf, wenn es uns etwa von irgend einem niederträchtigen Nachbarn hier oder da einmal ausgenötigt würde, entsprechend vorzubereiten. Von einem Offensivkrieg ist dabei selbstverständlich mit keinem Wort die Rede. Höchstens von einem Offensivgeist, der eben in dem Falle zu betätigen sei, wenn wir von einem raublustigen Feind angegriffen würden. Hätte man uns auch eine solche Verteidigung im äußersten Notfall — ein anderer kommt ja bei unserer gegenwärtigen Heeresverfassung überhaupt nicht in Betracht — unmöglich machen wollen, so hätten die Weisen von Versailles uns auch das Hunderttausend-Mann-Heer verbieten müssen, wozu sie ja nach unserer „glorreichen“ Entwaffnung durchaus in der Lage waren. Aber die paar Divisionen, die man uns gelassen hat, müssen natürlich erzieherisch behandelt werden, wenn sie nicht einen hilflosen Menschenhaufen darstellen sollen, dessen Kostspieligkeit angesichts unserer wirtschaftlichen Lage gar nicht zu veranschlagen wäre. Das alles weiß Herr Poincaré so gut wie irgend einer. Trotzdem hegt er mit einer Gewissenlosigkeit, die gar nicht mehr zu überbieten ist, nur um für das arme Frankreich immer wieder neue „Rechte“, neue Garantien und Sanctionen in Anspruch nehmen zu können. Und es gibt niemand auf der Welt, der imstande wäre, ihm dieses widerwärtige Handwerk zu lehren.

Auch in nichtmilitärischen Fragen wird ein immer weitergehendes Kontrollrecht für die Entente in Anspruch genommen. Haben doch neuerdings die Gemeindeverwaltungen von München und Nürnberg der feindlichen Kontrollkommission ihre Haushaltspläne vorlegen müssen, auf Geheiß der bayerischen Staatsregierung, von der noch keine Äußerung darüber vorliegt, was sie dazu veranlaßt hat, diesem sonderbaren Begehren der Herren von jenseits des Rheins nachzugeben. Noch in Cannes ist für Genua als Programmpunkt vereinbart worden, daß kein Staat das Recht haben solle, sich in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates einzumischen. Deutschland gegenüber scheint eine solche Begrenzung der Machtausübung seiner fremden Vordränger nicht in Frage zu kommen. Wir sind und sollen rechtlos bleiben, solange und soweit es Herrn Poincaré gefällt. Für ihn ist noch nicht einmal die Frage der Befestigungsdauer des Rheinlandes geklärt. Jeden Tag müssen wir darauf gefaßt sein, daß er sich auf den Standpunkt stellt, diese Befestigung habe überhaupt noch nicht begonnen! Lloyd George hat früher Andeutungen dieses Inhalts mit Bestimmtheit zurückweisen lassen. Was er heute nun würde, wenn die Franzosen in diesem Sinne vorgehen wollten, steht auf einem anderen Blatt. Von dem normalen Ablauf der Dinge werden wir kaum noch eine irgendwie wesentliche Besserung unserer Lage erhoffen dürfen; die Franzosen scheinen es darauf anzulegen, Katastrophengedanken in Deutschland zu fördern. Sie wissen wohl warum.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Vorkriegssachen Deutschlands.
Dem Vernehmen nach sollen die im Druck befindlichen deutschen Vorkriegssachen nicht vor Ende April herausgebracht werden. Das Auswärtige Amt soll der Ansicht sein, daß es nicht gut sei, die Vorkriegssachen vor oder während der Konferenz von Genua zu veröffentlichen, weil sie dann die allgemeine Aufmerksamkeit des In- und Auslandes in geringerem Grade auf sich ziehen würden.

Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft abgelehnt.
Im Hauptausschuß des preussischen Landtages wurde der deutsch-nationale Antrag, der die Befreiung der gesamten Zwangswirtschaft auch im Brotgetreide verlangt, mit 16 gegen 13 Stimmen abgelehnt; vier Abgeordnete des Zentrums stimmten mit den sozialistischen Parteien gegen die Befreiung der Zwangswirtschaft. Mit 15 gegen 14 Stimmen abgelehnt wurde der sozialistische Antrag, der die Sicherstellung eines genügenden Prozentsatzes von Lebensmitteln zu Preisen verlangt, der die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung gewährleistet.

Um die Autonomie Oberschlesiens.
Am Charfreitag findet in den Bezirken Mittel-, Nieder- und Oberschlesien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine Konferenz statt, in der sich die Sozialdemokratie über ihre Stellung zur Autonomie entscheiden will. Dem Gedanken der ober-schlesischen Autonomie werden zwei andere Lösungen gegenübergestellt werden: nämlich die gesamtschlesische Autonomie und die sog. „preussische“ Parole der Eingliederung Oberschlesiens in den preussischen Staatsverband. Die letztere Idee erscheint ziemlich aussichtslos.

Überwachung der Landarbeiterwohnungen.
Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat angeordnet, daß künftig in den Berichten der Wohnungsaufsichtsbeamten auch die Maßnahmen erörtert werden sollen, die zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter getroffen worden sind. Durch die Gemeindebehörden und die etwa vorhandenen Wohnungsämter sollen unermüdete Beschäftigungen vorgenommen werden, um etwaige Mängel festzustellen und auf ihre Beseitigung hinzuwirken.

Verchiebung deutschen Viehs durch Jugoslawien.
Das Vieh, welches Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages an Jugoslawien abließerte, ist nicht nach Jugoslawien gekommen, sondern wurde von einer jugoslawischen Gesellschaft mit enormem Gewinn an die Schweiz weiterverkauft. Nachdem die Pariser Reparationskommission die weiteren Viehlieferungen daraufhin unterlag hatte, ist jetzt eine Vereinbarung zustande gekommen, daß Deutschland weiteres Vieh zu liefern hat, das aber im Lande selbst verbleiben darf. An der Spitze der Gesellschaft, die das saubere Geschäft machte, stand ein Sohn des Ministerpräsidenten Pasitch.

Italien.
X Annäherung zwischen Vatikan und Staat. Als Zeichen der fortschreitenden Verständigung zwischen dem italienischen Staat und der Kirche kann der Erlass des Königs über staatliche Zuschüsse an die Geistlichen angesehen werden. Das Dekret enthält eine Anweisung an das Erziehungsministerium, außer den bereits durch das Dekret vom 19. September 1921 bestimmten 21 Millionen Lire der Administration des Kulturfonds für das Geschäftsjahr 1920-21 weitere 20 Millionen Lire und für das Geschäftsjahr 1921-22 17 Millionen Lire anzuweisen.

Japan.
X Beginn der Abrüstung. Die japanische Regierung erließ eine Rundgebung, wonach sie bereit ist, sämtliche in Washington übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen. Eine Verordnung des Kriegsministeriums bezieht die Einstellung aller begonnenen Befestigungsarbeiten sowohl im japanischen Mutterlande als auch auf den Inseln des Stillen Ozeans, soweit sie unter die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens fallen. Die Schleifung der Festungswerke von Port Arthur wird in den nächsten Monaten vollendet sein.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Dem Reichstage zugegangen ist ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen sowie ein Gesetzentwurf zur Überleitung des Rechtszustandes in Oberschlesien.

Köln. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete eine Verordnung zugehen lassen, welche bestimmt, daß öffentliche Straßen über den Rhein nur im Einvernehmen mit den Besatzungsbehörden eingerichtet oder aufgehoben werden dürfen.

Würzburg. Der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern hat vor einiger Zeit die Würzburger Residenz besichtigt. In einem Flügel des Parkhauses werden nun Restaurationsarbeiten vorgenommen und elektrisches Licht eingerichtet. Daraus will man schließen, daß sich der ehemalige Kronprinz nach Würzburg zurückziehen wird.

Rom. Eine Depesche aus Bologna besagt, man spreche überall mit großer Sympathie von dem Fürsten Wied als Anwärter auf den albanischen Thron, während die Ansichten des Kandidaten Bonaparte geringer seien. Fürst Wied erklärte seine Bereitwilligkeit, zurückzutreten.

Brüssel. Am 23. April werden in Eupen und Malmedy die ersten Gemeindevahlen nach belgischem Gesetz stattfinden. Bis dahin müssen die dort wohnenden Deutschen sich zur Annahme der belgischen Nationalität erklären oder ihren Wohnsitz verlassen.

Warschau. Nach Meldungen Moskauer Blätter wird erwartet, daß die Sowjetregierung unter keiner Bedingung eine Herausgabe der Roten Armee zulassen werde. Auch die Sowjettruppe sei nicht geneigt, ihre Rote Armee zu vergrößern.

Berlin. Nach der Meldung einer Korrespondenz hat Herr v. Jagow, der gegenwärtig in Gollnow in Pommern seine Festungstrafe verbüßt, seinen Verteidiger ersucht, das Wiederaufnahmeverfahren beim Reichsgericht in Leipzig zu betreiben.

Halle. Der Halle'sche Kommunisten-Bezirk, dessen Aussagen über den mitteldeutschen Putsch in den bei Clara Zetkin beschlagnahmten Akten besonders gravierend für die kommunistische Partei waren, ist jetzt gegen Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Deutscher Reichstag.

(179. Sitzung.) CB. Berlin, 3. März.

Die Beantwortung kurzer Anfragen leitete die heutige Sitzung ein. Unter den Anfragen waren mehrere von allgemeiner Bedeutung. Auf eine Frage der Deutschnationalen nach Erlass für durch den Eisenbahnstreik verbotene Waren, Verlust von Vieh usw. wurde von der Regierung erklärt, daß eine allgemeine Entschädigungspflicht nicht anerkannt werden könne. Eine Anfrage der Mehrheitssozialisten bezog sich auf die Not der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger, sowie der erwerbsfähigen Kleinrentner bei der Preissteigerung. Hier ließ die Regierung erklären, daß Maßnahmen zur Bänderung der Not im Gange seien. Abg. M. um (Deutschn.) fragte nach der immer noch nicht erfolgten Auszahlung der zu Weihnachten bewilligten 100 Millionen für notleidende Kleinrentner. Die darauf erteilte Antwort lautete dahin, daß die Auszahlung Sache der Länder sei.

Annahme des Reichsmietengesetzes.
Hierauf kam man zur dritten Lesung des Gesetzentwurfes über Regelung der Mietzinshöhe (Reichsmietengesetz). Die ersten Paragraphen des Gesetzes wurden im allgemeinen in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Beim ausschlaggebenden § 10 (Festsetzung der Hundertfüße) blieb das Abstimmungsergebnis zweifelhaft, weil das Zentrum und die Demokraten geteilt stimmten. Die Auszahlung des Kaufes ergab die Annahme des § 10 mit 183 gegen 152 Stimmen. Geschlossen stimmte die Rechte gegen und die Linke für den Paragraphen. Nach einem Zentrumsantrag tritt das Gesetz am 1. Juli 1926 außer Kraft.

Als bei der Beantwortung dieses Beschlusses von der Tribüne Handeltatschen gehört wurde, rief der Abg. Kuhn (U.-Soz.): „Hausbesitzergesindel!“, und Präsident Boede erklärte, falls sich derartige Ausdrücke wiederholten, müßten die Tribünen geräumt werden. Vor der in namentlicher Abstimmung erfolgten Gesamtstimmung erklärten die Kommunisten beider Richtungen, daß sie für das Gesetz stimmten würden.

Abg. Beuthien (D. Volksp.) erklärte sich gegen das Gesetz, das gegen die Grundlage der Vertragsfreiheit verstoße. Abg. Kuhn (U.-Soz.) bemerkte, die kurze Befristung bis 1926 sei eine Abrumpelung. Dieser Antrag des Zentrums wäre eine Handlung gegen Treu und Glauben.

In der Gesamtstimmung wurde das Reichsmietengesetz darauf mit 202 gegen 168 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Mehrheit der Demokraten und ein Teil des Zentrums.

Alsdann wurde das Gesetz über vorübergehende Rechtspflegemaßnahmen im Hinblick auf das Saargebiet mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Das Gesetz tritt am 20. d. M. in Kraft.

Darauf folgte die Abstimmung über die von dem Abg. Herzfeld (Komm.) eingebrachte Entschließung, in der die Rückgängigmachung der Auslieferung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato gefordert wird. Diese Entschließung wurde gegen die Kommunisten abgelehnt.

Abg. Dr. Rosenfeld (U.-Soz.) erklärte dazu nachträglich, daß auch seine Fraktion die Auslieferung für unzulässig halte. Die Forderung der Rückgängigmachung sei aber hinfällig, da die Spanier nicht mehr in deutscher Verwahrung sind. Nunmehr wurde in die weitere

Beratung des Haushaltsplanes des Reichsschatzministeriums eingetreten. Die Ausführanträge auf Vorlegung von Denkschriften über die Vereinfachung der Verwaltung wurden angenommen. Dagegen wurde ein deutschnationaler Antrag auf Auflösung des Reichsschatzministeriums am 1. April nächsten Jahres abgelehnt.

Abg. Menck (Deutschn.) wünschte Austausch von der Regierung darüber, wie die Konkurrenz der Deutschen Werke gegen das mittlere und Kleingewerbe vernichtet werden soll. Wir hoffen, bemerkte er, daß die Reichsregierung alles tut, um bei Ausdehnung dieser Reichsbetriebe das kleine heimische Gewerbe zu schützen.

Wg. Stätten (Soz.): Der Zeitung der Deutschen Werte ges... führt für die geistliche Lösung der bei ihrer Gründung in Be... tracht genommenen schwierigen Fragen unter Dant. Auch wie... wollen die Erhaltung des Handwerks, aber die Reichsbetriebe... dürfen darunter nicht leiden.

Reichsfinanzminister Bauer erklärte, daß die Reichsbetriebe, mit Ausnahme vielleicht der Deutschen Werte, dem Gewerbe keinen Wettbewerb bereiten, besonders nicht die orthopädischen Werkstätten, die noch während des Krieges vom Kriegsministerium ins Leben gerufen wurden. Das Arbeitsministerium hat diese Werkstätten dann übernommen und ausgebaut, und später sind sie der Verwaltung des Reichsfinanzministeriums übergeben worden. Die Arbeiten in den orthopädischen Werkstätten werden vielfach von Kriegsbeschädigten ausgeführt. Die Errichtung dieser Werkstätten war eine dringende Notwendigkeit. Das orthopädische Gewerbe hat Hochkonjunktur und wird noch 30, 40 Jahre lang Hochkonjunktur haben, denn es kann den Anforderungen der Kriegsbeschädigten nicht entfernt entsprechen.

Nachdem noch der Wg. Hoch (Soz.) sich über die Deutschen Werte geäußert hatte, war der Haushalt des Reichsfinanzministeriums in zweiter Lesung erledigt. Das Haus trat hierauf in die Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums für Wiederaufbau ein.

Wg. Niedmüller (Soz.): Es handelt sich hier um einen mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpften Gegenstand und durch um ungeheure Summen. Das allein schon begründet das Verstehen dieses Ministeriums. Die Entschädigung der Auslands- und Kolonialdeutschen ist besonders dringend und wichtig.

Ministerialdirektor v. Brandt erklärte, daß die Entschädigung geleistet werden solle, wenn sich das mit den Interessen des Reiches vereinbaren ließe.

Wg. Rauch (D. Volksp.): Es muß nachgeprüft werden, ob bei diesem Ministerium nicht Ersparnisse erzielt werden können.

Der Dollar 251½!

Die neue Markentwertung dauert an.

In stürmischer Weise setzt sich der vor einigen Tagen begonnene Marksturz fort. Die Industrie und der Großhandel sollen starke Anläufe in Dollar machen und dadurch das Anziehen des Kurses beeinflussen.

In der Berliner Freitagssitzung setzte der Dollar morgens mit etwa 243 ein, um dann aber von Stunde zu Stunde in die Höhe zu gehen. Später kam, da für New York ein Kurs von 251½ gemeldet wurde, die Notierung auf 251½. Bei starker Nachfrage schloß der Markt zu höchsten Kursen.

Mit dem Dollar stiegen auch die übrigen ausländischen Zahlungsmittel. Die inländischen Effekten profitierten ebenfalls bei dem Marksturz, wenn auch nicht so stark. Eigentlich fahrbare Gründe für die Markentwertung liegen nicht vor, außer den allgemein-politischen Gesichtspunkten.

Es will nicht vorwärts!

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 3. März.

Während der kurzen Zwischenzeiten, die dem Reichstage in der vergangenen Woche befielen waren, richteten sich die Augen aller politisch Interessierten erwartungsvoll auf den heutigen Freitag, für den der Kanzler Besprechungen mit den Regierungsparteien und der Volkspartei über die endgültige Annahme des Steuerkompromisses in Aussicht gestellt hatte. Aber der Tag erschien und verging, ohne daß auch nur eine Einladung zu solchen Beratungen in die Hände der Parteiführer gelangt wäre. Man vermutet nur, daß am Montag nachgeholt werden soll, was wieder versäumt wurde, aber auch das ist fraglich, denn noch ist man sich auch innerhalb der Regierungskoalition nicht über bestimmte Einzelheiten einig. Vor allen Dingen weiß man noch nicht, nach welchem Schlüssel die Zwangsanleihe veranlagt werden soll. Die Sozialdemokraten bestanden ursprünglich darauf, daß der Geschwindigkeits wegen die vorhandene Reichsnotopferveranlagung dafür benutzt werde, aber sie sind selbst etwas unsicher geworden, nachdem sie sich überlegen, wie verhältnismäßig milde und wenig umfassend diese Veranlagung gestaltet ist. Von anderer Seite ist die Vermögenssteuerveranlagung als Grundlag vorgeschlagen, und vielleicht wird eine Verbindung von beiden halb zu halb herauskommen.

Einen kleinen Zwischenfall gab es in dieser Angelegenheit im Steueransatz. Ein von der Rechten unterstützter Zentrumsantrag wünschte die landwirtschaftlichen Genossenschaften von der Umsatzsteuer zu befreien. Die Linke wollte darin einen Bruch des Steuerkompromisses erblicken, und schon kündigte der Vorwärts an, daß bei der Annahme dieses Antrages die Sozialdemokraten

Die Siegerin.

22) Roman von Hans Schulze-Sorau.

Mit vieler Mühe fand er zwischen den grauen Kolossen der Finshäuser in dem Wirrwarr der dunklen Höfe endlich den Lagerplatz des Laudonschen Geschäfts heraus und ließ sich von einem Kohlenarbeiter nach dem Kontor der Firma führen.

Er schickte Harry seine Karte hinein und wurde nun durch einen niedrigen, muffigen Saalraum, in dem ein vierthundert Schreiber an ihren Pulten saßen, sogleich nach dem Arbeitszimmer des Chefs geführt.

Hier kam ihm Harry schon auf der Schwelle entgegen, er sah blaß und übermüdet aus, ein Ausdruck fieberhafter Spannung lag auf seinen harten Zügen.

„Nun Paul?“ fragte er, dem Freunde die Hand reichend.

Paul Hausmann hatte die hochbeschlagene Postkarte vor sich hingesehen und war ein paar Schritte weiter in den kleinen Kontorraum hineingetreten, in dem des hellen Mittags ungeachtet eine Gasflamme brannte.

„Es tut mir aufrichtig leid, Harry“, sagte er unsicher, „daß ich dir nicht die Antwort bringen kann, die du erwartest! Meine Mutter hat mir heute morgen durch einen Kohlepost- Harry Laudon hatte sich dem Fenster zugewandt, durch dessen schmucklose Scheiben ein riesiger Kohlenberg düster her- einstrahlte, und frommelte nervös gegen das trübe Glas.

Er war sichtlich bestrebt, die ungeheure Erregung über den Affront dieses Korbes in sich niederzudämpfen; mit beiden Händen schloß er sich schwer auf das staubige Fensterbrett, um das heftige Schwanken seines ganzen Körpers zu ver- decken, doch das stürmisch wallende Blut ließ sich nicht so schnell wieder zur Ruhe zwingen.

Als er sich Paul endlich wieder zukehrte, war sein Gesicht noch immer leichenblaß, und die Adern der Stirn lagen wie blaue Stride auf der weißen Haut.

„Das ist ja eine unerwartete Postkarte!“ sagte er mit verzerrtem Lächeln. „Und wie hat dein Fräulein Schwester ihren Rufus motiviert?“

Paul zuckte mit den Achseln.

„Ich habe Lette persönlich noch nicht gesprochen! Sie war gestern den ganzen Nachmittag und Abend aus! Meine Mutter hat mich vorläufig nur kurz von der Tatsache ver- ründet!“

von dem ganzen Kompromiß zurücktreten wollten. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, und so ging diese Krisen- welle ohne Entladung vorüber. Von einer anderen hin- derlichen Miniaturkrise spricht man auch im Hinblick auf den Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der seit mehreren Wochen schon den Reichsfinanzminister gebeten hat, über das Finanzministerium, das Herr Hermes nebenbei verwaltet, eine endgültige Entscheidung zu treffen. Heute, die das Gras wachsen hören, wissen ganz genau, daß Herr Hermes damit seinem Parteifreunde Dr. Wirth gerade im kritischen Augenblick Schwierigkeiten bereiten möchte. Aber wenn man bedenkt, daß in so wichtigen Zeiten das wich- tigste Ministerium nicht gut „nebenbei“ geführt werden kann, erkennt man, daß für solche geheimnisvolle Ver- mutungen kein Grund vorliegt.

Die Gerüchte über allerlei neue Zwischigkeiten zer- fließen diesmal wie Nebel, aber leider ist auch für die Hoff- nungen auf baldige Beseitigung des wichtigsten Steuer- herdes kein fester Anhaltspunkt vorhanden. Es will nicht recht vorwärts, aber die Zeit drängt.

Veto.

Die zukünftige Wohnungswirtschaft.

Verlängerung der Vorschriften in veränderter Form. — Neuer Gesetzentwurf. — Verpflichtung zur Wohnungsabgabe. — Maß- nahmen gegen die Raumnöte. — Gewerbliche Räume.

Bekanntlich verlieren die verschiedenen gesetzlichen Vorschriften, die die Regierung seinerzeit erlassen hat, um dem Wohnungsmangel wirksam entgegenzutreten, mit dem 31. März ihre gesetzliche Kraft. Bei der gegenwärtig noch unverändert großen Wohnungsnot hält es die Regierung noch nicht für gegeben, einen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vorzunehmen. Wie verkannt, wird vielmehr das Reichsarbeitsministerium demnächst einen Gesetz- entwurf einbringen, der die Verlängerung der Vor- schriften auch über den 1. April 1922 hinaus herbeiführen soll. Den Erfahrungen der Praxis entsprechend werden aber voraussichtlich auch eine Reihe von Veränderungen vorgenommen, die teilweise eine ziemlich

Bersärfung gegenüber dem früheren Zustande bedenten. Während nach den bisherigen Bestimmungen die Frage nicht einwandfrei klar war, ob derjenige, der über eine unbewohnte Wohnung verfügt, verpflichtet ist, diese einem ihm vor der Gemeindebehörde zugewiesenen Wohnungssuchenden zu überlassen, legt der neue Entwurf diese Verpflichtung, die den wichtigsten Grundsatz der Wohnungszwangswirtschaft bildet, ausdrücklich fest. Im Falle der Weigerung setzt das Mietnützungsamt einen Mietvertrag fest, nach dessen Abschluß der Wohnungssuchende im Wege polizeilichen Zwanges in der fraglichen Wohnung untergebracht werden kann. Diente die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens bisher lediglich der Bekämpfung der Wohnungsnot, so sieht die künftige Verordnung wirksame

Maßnahmen gegen die Raumnöte im allgemeinen vor. Die Beschlagnahme von gewerblichen und geschäftlichen Räumen ist augenblicklich nur zulässig, soweit sie unmittelbar der Beschaffung von Wohnungen dient. Es hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, daß diese Räume in Zukunft erfasst werden müssen, auch wenn hierdurch nicht mittelbar Wohnräume freigemacht werden. Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, neuen Vertrieben die erforderlichen Räume zu Beginn des Betriebes zu beschaffen und die Ausdehnung bestehender Betriebe zu fördern. Gleichzeitig erblickt man in dieser Maßnahme auch ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Neu sind die Maßnahmen des Entwurfs zur Sicherstellung von Räumen, die der Unter- bringung der mit der

Durchführung des Friedensvertrages beauftragten Behörden, vor allem der Angehörigen der Entente-Kommissionen, dienen sollen. Da sich infolge der bestehenden Raumnöte in dieser Hinsicht ganz besonders große Schwierigkeiten im Laufe der letzten Zeit eingestellt haben, soll künftig das Reichsfinanzministerium in bringen den Fällen befugt sein, die Beschlagnahme von Räumen für diese Behörden selbst vorzunehmen und in alle Rechte zu treten, die sonst nur den Gemeindebehörden zustehen. Wollte neu geregelt werden soll auch das Ver- fahren der Versteigerung gegen eine von der Gemeinde- behörde getroffene Verfügung. Augenblicklich ist dafür das Mietnützungsamt die letzte Beschwerdeinstanz. Gegen die Einsetzung der Mietnützungsämter als Be- schwerdestellen haben aber verschiedene Landesregierungen und Gemeinden, insbesondere auch der Deutsche Städtebund, Vorstellungen erhoben. Der Entwurf

„Sol! Und du hast am heutigen Vormittag noch nicht die Zeit gefunden, dich etwas näher über die Angelegenheit zu orientieren?“ brach Harry aus.

Seine Stimme überschlug sich; jetzt endlich hatte er einen Ableiter für seine sinnlose Wut gefunden, die ihm fast den Atem abnahm.

„Ich danke für deine Vermittlung, Paul, wenn du die Dinge, die für mich von vitalster Bedeutung sind, derartig auf die leichte Achsel nimmst. Wahrscheinlich hast du wieder die Nacht um die Ohren geschlagen, hast du in deiner be- kannten Weise gejezt und gekumpt, anstatt mir und meinen Interessen ein paar kurze Stunden zu schenken!“

„Harry, was erlaubst du dir? Ich verbitte mir diesen maßlosen Ton!“

„Du hast dir gar nichts zu verbitten!“ fuhr der Nasende Teufel fort. „Ich danke für deine Freundschaft, für dich und deine ganze Sippe —“

Die Worte erklangen ihm im Halbe, auch der letzte Rest der äußerlichen Kulturklänge sank von dem brutalen Geld- menschen.

Mit einem heiseren Aufschrei warf er sich in seinen Schreibtischstuhl und schloßerte das schwere, bronzene Tinten- faß so wuchtig auf den Fußboden, daß der Glasbehälter in tausend Scherben zersplitterte.

Zwei Minuten darauf stand Paul wieder auf der Straße. Der Austritt mit Harry hatte sich mit einer solchen Schnelligkeit abgespielt, daß ihm erst allmählich die ganze Bedeutung der rohen Szene zum Bewußtsein kam.

Al seine Berechnungen waren damit jäh über den Hau- fen geworfen und er selbst von der Höhe seiner optimistischen Zukunftshoffnungen auf einmal wieder in den Abgrund bis- terster Not herabgestürzt worden.

Was sollte nun werden, was sollte nun werden?

In planloser Hast lief er ein paar mal vor dem Laudon- schen Geschäftshause hinauf und hinab und irte dann, un- bekümmert, wohin ihn sein Weg eigentlich führte, in das Gewirr der Straßen und Gassen am Schlesischen Bahnhof hinaus.

Sein verstörtes, bleiches Gesicht, in Verbindung mit sei- ner eleganten, fast gigerhaften Kleidung, erregten in dem grauen Arbeiterviertel allmählich Aufsehen.

Zuweilen fiel hinter ihm ein rotes Wischwort in gemeinem Berliner Jargon, ein kaltespöttischer Maurer rumpelte ihn

elächtslos an.

überträgt die Regelung des Beschwerdeverfahrens der obersten Landesbehörde, die das Verfahren in der Weise ausgeführt soll, wie es den Bedürfnissen des Landes entspricht. — Da das neue Gesetz vor dem 1. April d. J. in Kraft gesetzt werden muß, werden sich die parlamenta- rischen Körperschaften bereits in nächster Zeit damit zu befassen haben.

Soziales und Provinzielles.

Salver, den 5. März 1922

Unbefangenheit. Die Umwälzung in den wirtschaftlichen Verhältnissen hat es mit sich gebracht, daß eine gewisse Un- befangenheit über die Menschen gekommen ist, aus der heraus sich manche unangenehme Erscheinung erklären läßt. Viele emp- finden dunkel, daß sie in ihrer gesellschaftlichen Position nicht feststehen, und wachen nun mit Eiferlust darüber, daß sie wenig- stens beachtet werden. Das führt zu zahlreichen Taktlosigkeiten und drängt die ganze bürgerliche Gesellschaft schließlich in eine mißtrauische Abwehrstellung aller gegen alle. Dadurch schwin- det die Unbefangenheit, unser Verkehr verliert seine edle, groß- zügige Sicherheit und wird kleinlich und hinterhältig. Man glaube nicht, daß dies eine Nebenbeschäftigung sei. Das Leben setzt sich aus Kleinigkeiten zusammen, und an kleinen Nabel- stichen gehen mehr Menschen zugrunde, als an großen Schick- salschlägen. Unbefangenheit ist Vollkommenheit, ist am aller- meisten Geschenk der Natur und dankt am wenigsten der Bil- dung, denn sie ist selbst über Erziehung erhoben. Sie ist aber auch ein feiner Nadelstich, alle Geschäfte abzurufen, auf edle Art aus allen Verwicklungen herauszukommen und uns den frohen, vertrauensvollen Verkehr zurückzubringen, der uns ver- forengungen ist. Sollte man es nicht mal im engen Kreise versuchen, sich wieder frei und ungezwungen, behaglich und au- richtig zu geben, wie einst? Man wird nicht viele von den alten, liebgewonnenen Zuständen zurückrufen können, manche Bitterkeiten werden wir tragen müssen, solange wir leben, aber einen freundlichen Sonnenblick könnten wir uns wohl verschaffen, wenn wir mehr Unbefangenheit zeigen wollten im engsten Verkehr. Sie muß jedoch von innen herkommen, sie darf nicht aufgesetzt sein, denn dann wird sie abermals in ihr Gegenteil verkehrt.

Ps.-L.

Zur Wetterlage. Das prächtige Frühlingswetter der letzten Februarwoche wurde bald durch Regenschauer abge- löst. Wie erwartet, war der weitere Verlauf der Witterung außerordentlich veränderlich: das richtige „Aprilwetter“, das für den März geradezu typisch ist. Weibigt war das Wetter durch das augenscheinlich sehr ausgedehnte Tief- druckgebiet über dem nördlichen Atlantischen Ozean, von dem sich immer wieder einzelne Wirbel lösten und nörd- lich von Deutschland vorüberzogen. Während anfangs die Temperaturen außerordentlich hoch lagen — am 28. Fe- bruar wurden aus Hamburg, Kassel und Breslau 13, aus Berlin 14, aus Aachen, Frankfurt a. M. und München so- gar 15 Grad Wärme gemeldet — sank das Thermometer im weiteren Verlauf nicht unerheblich. Die hohen Tempera- turen haben auch in den Mittelgebirgen mächtig mit den Schneemassen ausgeräumt, was ein bedeutendes Steigen der Flüsse zur Folge hatte. Auch im Osten hatten die Eismeisen Eisgang. In Schesien kam es infolge eines Schneesturms zu einer schweren Hochwasserkatastrophe. Nach der allgemeinen Wetterlage muß auch weiterhin mit vor- wiegend veränderlichem Wetter gerechnet werden.

Die Beflaggung von Amtsgebäuden.

Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, das die Beflaggung amtlicher Gebäude künftig grundsätzlich nur noch auf Anordnung des Ministerpräsidenten erfolgt. Die Beflaggung aus lokalem Anlaß erfolgt auf Veran- lassung der Lokalbehörden. Geplagt wird mit schwarz- weißen Fahnen. Soweit möglich, ist daneben die schwarz- rot-goldene Reichsfahne zu hissen. Für die alten preu- ssischen Wappenflaggen soll schnellig Ersatz geschaffen werden.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben:

Zur Sicherung einer ausreichenden und gleichmäßigen Milchversorgung, besonders in den reichen Bedarfs- gemeinden, ist es von außerordentlicher Bedeutung, daß die Milch-Erzeuger und Molkereien große nach Belieben ihre Milch heute an diesen und morgen an jenen Ab- nehmer liefern können. Bis vor kurzem glaubten die maßgebenden Stellen allerdings, daß es ausreichen würde, wenn nur die größeren Molkereien und Betriebe, in denen täglich mehr als 100 Liter Milch im Durch- schnitt gewonnen werden, verpflichtet wären, ihre bis- herigen Milchlieferbeziehungen aufrecht zu erhalten

Doch er achtete all dessen nicht, immer wieder bog er in die Seitengassen ein, kehrte zurück und wählte einen anderen Weg, und nitend erlachte sein rastloser Herzschlag.

Um sechs Uhr strandete er endlich in einem Gasthaus an der oberen Spree.

Er war zum Umsinken müde, auch quälte ihn plötzlich ein intensives Hungergefühl; jetzt erst fiel es ihm ein, daß er seit dem frühen Morgen keinen Bissen mehr gegessen hatte.

Nach kurzem Überlegen wählte er seinen Platz in einer Ecke der schmuckigen Gartenterrasse und saß hier geraume Zeit in stumpfem Brüten am Rande des tiefschwarzen, in bligen Spiegeln schimmernden Wassers, das in kaum merk- barer Strömung unter einem benachbarten Brückenbogen dahinfloß.

Die Abenddämmerung brach unterdes langsam herein, die scharf umrissenen Konturen der fernen Flußausbilde in bläulichen Nebeln verschleiernd.

Ein kleiner Müggeldampfer glitt vorbei, pustend und schaukelnd; ein paar Markweiber hockten auf dem Hinter- deck bei ihren großen Spantörben; ihr schweres Platt klang dunkelkönig durch die klare Luft.

Die Schatten der mächtigen Häusergruppen fielen weiß über den stillen Fluß dahin.

Hier und da blickten schon die ersten Lichtstreifen zwischen den ragenden Steinmassen hindurch und noch immer sah Paul in seinem einsamen Terrassenversteck, unfähig, sich zu einem freien Entschlusse durchzuringen.

Einmal dachte er daran, durch einen Sprung über das weinreife Gelände seinen Qualen ein rasches Ende zu bereiten, dann aber schauerte er wieder zurück vor diesem Wasser und seiner trüben Oberfläche, auf der der Reflekt der Weltstadt schwamm.

Endlich zahlte er und trat wieder auf die Straße hinaus.

Es war ihm plötzlich eingefallen, daß hier draußen im Osten ein Geldmann namens Grünbler wohnen mußte, mit dem er in früherer Zeit mehrfach in Verbindung geflan- den hatte.

Herr Grünbler, ein kleiner behäbiger Rentier von unver- kennbarem Berliner Typus, der ursprünglich in der Stra- lauer Straße eine Strumpfwarenfabrik besessen hatte, betrie- seit mehreren Jahren mit bedeutendem Erfolge ein Darlehns- vermittlungsgeschäft.

(Fortsetzung folgt.)

Schalksmühle.